



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhals pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erbedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 496. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 23. October 1878.

Deutschland.

Berlin, 22. Octbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem seitherigen 1. Secretär bei der französischen Botschaft in Berlin, Victor Tiby, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse; dem seitherigen Legations-Secretär bei der königlich schwedischen Gesandtschaft in Berlin, Kammerherrn von Bildt, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; dem königlich schwedischen Premier-Lieutenant Lilliehöök, Ordennanz-Offizier Sr. königlichen Hoheit des Kronprinzen von Schweden und Norwegen, und dem Attache im königl. spanischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, Don Emmanuel Garcia Jove, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem seitherigen 2. Secretär bei der französischen Botschaft in Berlin, Le Pelletier Comte d'Anay, und dem königlich sächsischen Hofrath Dr. phil. Gräffe zu Dresden den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; sowie dem Stations-Chef der spanischen Nordbahn, Karl von Cardona y Azcoaga zu Madrid den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Rath Heyder zu Templin, dem Haupt-Steueramts-Referenten, Rechnungs-Rath Fehner zu Verdingen, im Kreise Krefeld, und dem Regierungsschatzmeister Graf zu Werseburg den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Schullehrer und Cantor Fänter zu Dobrilug, im Kreise Ludau, den Adler der Inhaber des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; sowie dem Kassendirektor Christian Friedrich Einike zu Werseburg das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und Königin hat im Namen des Reichs den Kaufmann Erik Laporte an Stelle des auf seinen Antrag aus dem Consulatsdienst entlassenen Ehr. Rettberg zum Consul in Bahia (Brasilien); und den Agenten Ignaz Kärth an Stelle des auf seinen Antrag aus dem Consulatsdienst entlassenen W. P. Maal zum Viceconsul in Colon (Columbien) ernannt.

Dem Grafen de Ligniville ist Namens des Reichs das Exequatur als französischer Consul, mit dem Sitz in Bremen, erteilt worden.

Das nun sanctionirte Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie, dessen Wortlaut wir nach den Beschlüssen der dritten Lesung im Reichstag bereits im gestrigen Morgenblatt gebracht haben, trägt das Datum vom 21. October 1878. Die Vollzugsklausel lautet: „Unendlich unter Unserer Hochsteigehändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insigne.“

Gegeben Potsdam, den 21. October 1878.

Im Allerhöchsten Auftrage Sr. Majestät des Kaisers:

(L. S.) Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

Fürst v. Bismarck.

○ Berlin, 22. October. [Socialistengesetz. — Thätigkeit des Bundesrathes. — Vorlagen für die nächste Reichstagsession. — Bundesrathsausschuss für Justizwesen. — Einberufung des Landtages. — Fertigstellung des Stat-Entwurfes. — Ministerconfeil. — Graf Eulenburg. — Dementi. — Personalgeschenke für die britische Rettungsmannschaft bei Follstone.] Nachdem in der gestrigen Sitzung des Bundesrathes das Socialistengesetz in der vom Reichstag beschlossenen Gestalt die definitive Zustimmung gefunden, ist die Publication heute erfolgt. Mit dem Tage der Veröffentlichung wird auch die Ausführung beginnen. Die Vorbereitungen dazu sind, wie von officieller Seite versichert wird, seit einiger Zeit schon getroffen und die Behörden mit vorläufigen Instructionen versehen. Die definitive Instruction seitens des preussischen Ministers des Innern wird unverweilt ergehen. Die Wahl der Commission, welche die Recurs-Instanz nach dem Gesetz zu bilden hat, wird voraussichtlich am Donnerstag erfolgen. — Die Thätigkeit des Bundesrathes wird sich nach genaueren Erkundigungen in der nächsten Zeit wie folgt gestalten: Eine Vertagung des Bundesrathes tritt überhaupt nicht ein, die Thätigkeit desselben bleibt vielmehr eine fortlaufende auch jetzt, indem das Plenum voraussichtlich allwöchentlich zusammentreten wird, während die Ausschüsse in ununterbrochener Thätigkeit bleiben. — Die Angaben, daß im nächsten Reichstag jedenfalls die in dem vorigen Reichstag unerledigten Gesetzes-Vorlagen wieder zur Vorlegung kommen würden, sind verfrüht, da hierüber bis jetzt Bestimmungen noch nicht getroffen sind und auch in der nächsten Zeit voraussichtlich noch nicht getroffen werden. — Heute Mittag 12 Uhr trat der Ausschuss des Bundesrathes für Justizwesen unter Vorsitz des Staatssecretärs Dr. Friedberg zu einer Sitzung zusammen. — Die Meldung, daß die Berufung des Landtages bereits definitiv auf den 18. November festgesetzt sei, ist irthümlich; bis jetzt ist nur die am 18. November beginnende Woche für die Berufung in Aussicht genommen. — Die Behauptung eines heutigen Morgenblattes, daß der Staatshaushalt in den einzelnen Ministerien noch sehr im Rückstande sei, ist gänzlich unrichtig, der Etat ist bis in die Einzelheiten mit den verschiedenen Ministerien schon seit einiger Zeit vereinbart und auch die Gesamtaufstellung im Wesentlichen schon beendet. Dagegen ist das Staatsministerium noch mit der Berathung der Gesetzentwürfe, namentlich aus dem Gebiet der Justizverwaltung behufs Ausführung der Reichs-Justizgesetze, beschäftigt, welche dem Landtage gleich bei seinem Zusammentritt vorgelegt werden sollen. — Die gestern angemeldete Sitzung des Staats-Ministeriums hat heute stattgefunden. — Der Minister des Innern, Graf Eulenburg, wird morgen eine Reise nach der Provinz Preußen antreten, jedoch nur einige Tage abwesend sein. — Officiös wird geschrieben: Ein hiesiges Sensationsblatt combinirt sich aus dem Erfolg der Verhandlungen des Fürsten Bismarck mit Herrn v. Bennigsen, daß dem Letzteren die Ernennung zum Präsidenten der neuen Bundescommission zugesichert worden sei. Natürlich handelt es sich um eine leere Erfindung. Desgleichen ist die Behauptung den Thatsachen widersprechend, daß die Compromißverhandlungen seitens des Fürsten Bismarck nur mit der nationalliberalen Fraction unter Uebergehung der conservativen Fractionen geführt worden seien. Der Fürst hat aber sowohl mit dem Abg. v. Hellborn, wie mit dem Abg. v. Kardorff darauf bezügliche Besprechungen gehabt. — Zu der in mehreren Blättern enthaltenen Nachricht, daß dem Capitän der englischen Marine Osborne eine Wase und anderen Offizieren goldene Uhren als Anerkennung für den bei dem Untergang des „Großen Kurfürst“ bewiesenen Rettungseifer verliehen seien, ist Folgendes ergänzend zu bemerken: Durch eine Allerhöchste Cabinets-Ordre sind sämmtlichen, bei der Katastrophe des „Großen Kurfürst“ hilfreich gewesen Mannschaften der britischen Marine Personalgeschenke oder Gaben in Geld, je nach dem Range ihrer Stellung, zuerkannt worden. — Die für diesen Zweck bestimmte Geldsumme, welche übrigens der Kaiserl. Schatzkammer entnommen worden, ist weit beträchtlicher, als einige Blätter angeben.

— Berlin, 22. Octbr. [Zur Frage der Reichsbehörden-Organisation. — Reichs-Gesundheitsamt.] Alle Erwartungen, welche man bezüglich veränderter Organisationen der Reichsbehörden gehegt hatte, sind bis jetzt unerfüllt geblieben. Das Reichs-

kanzleramt hat sich noch nicht in ein „Reichs-Verwaltungsamt“ verwandelt und von dem Reichs-Gesundheitsamt ist einseitig auch nicht die Rede. In Bezug auf das Letztere verlaute nur, daß es vom Reichskanzleramt abgelöst und direct unter den Reichskanzler gestellt wird, wie das Justizamt, das Auswärtige Amt und die Admiralität. Wer an die Spitze treten soll, ist zur Zeit auch noch nicht bestimmt, in dessen ist es immer noch wahrscheinlicher, daß der frühere Plan, nach welchem der General-Steuerdirector in den Reichslanden, Fabricius, der zeitige Vorsitzende der Tabaks-Enquete-Commission, dazu ernannt werden soll, als eine neue Version glaubhaft klingt, welche wissen will, der zukünftige Leiter des Reichs-Gesundheitsamts wird von parlamentarischen Kreisen entnommen werden. Es wird allgemein angenommen, wie weit mit Recht, bleibe dahingestellt — alle diese Angelegenheiten würden bis zum Zusammentritt des Reichstages ihren Abschluß finden; weil im entgegengegesetzten Falle doch unliebsame Erörterungen kaum zu vermeiden wären. Wahrscheinlich wird Fürst Bismarck die erforderlichen Dispositionen noch vor dem Antritt seines längeren Urlaubs treffen, über dessen Beginn augenblicklich auch noch nichts feststeht, zumal da der Gesundheitszustand des Reichskanzlers kräftiger ist, als er seit langen Jahren war. — Das Reichs-Gesundheitsamt wird von beabsichtigten Ressortveränderungen nicht berührt werden. Es sei hierbei bemerkt, daß der Director desselben, Geh. Rath Dr. Struck, dessen Wiedereintritt in die Geschäfte die Officiösen für den 1. October angekündigt hatten, noch immer krank ist, dem Dienste fern bleibt und auch bereits einen Urlaub auf sechs Monate erhalten hat, den er in Italien verbringen will. An seiner Stelle wird der Geheim Rath Dr. Fintelburg die Geschäfte des Gesundheitsamts leiten und auch im Reichstage den Etat und die vom Gesundheitsamt etwa ausgehenden Vorlagen vertreten. Es bereiten sich übrigens in dem Amt mehrere recht belangreiche Gesetze vor. Dahin gehören zunächst der Entwurf gegen Verfälschung von Lebensmitteln, der anfänglich, wie man sich erinnern wird, schon für die jetzt abgelaufene außerordentliche Sitzung bestimmt war. Derselbe wird noch einer Umarbeitung unterzogen und zwar unter Zugrundelegung der Beschlüsse der früheren Reichstagscommission. Ferner wird in ähnlicher Weise, wie dies für das Prüfungs-Reglement der Aerzte geschehen ist, demnächst im Reichs-Gesundheitsamt eine Sachverständigen-Commission zur Revision der seit 1873 bestehenden Pharmakopoe zusammentreten. Endlich soll der Entwurf eines Gesetzes über Anzeigepflicht der Aerzte bei ansteckenden Krankheiten behufs Vorlegung in der nächsten Reichstagsession ausgearbeitet werden. Man wird sich erinnern, daß der Bundesrath bereits mit dem Gegenstande befaßt, denselben jedoch noch unerledigt gelassen hat.

○ Berlin, 22. Oct. [Die Ausführung des Socialisten-Gesetzes. — Reorganisation des Gewerbeschulwesens. — Die Freihändler über die Landwirthe und Schutzöllner. — Das Privilegium der Kreisblätter. — Allgemeine Witten-Verpflegung-Anstalt.] Es läßt sich jetzt schon voraussagen, daß die Socialdemokraten irgendwo eine rigorose Handhabung des gegen sie erlassenen Gesetzes geradezu provozieren werden. Ihre Organe in der Presse haben zum Theil schon den Titel gewechselt, wenigstens soweit derselbe an sich schon eine Begünstigung der durch das Gesetz getroffenen Bestrebungen zu enthalten schien, und sie werden jedenfalls sämmtlich ihre Sprache soweit modificiren, daß sie nicht ohne Weiteres dem § 6 zum Opfer fallen können. Etwas Anderes wäre es gewesen, wenn bei diesem Paragraphen die Fassung der Bundesrathsvorlage angenommen und in dem Sinne, wie ihn die Vertreter der verbundenen Regierung definiren, zur Ausführung gekommen wäre. Jede centrale Organisation der socialdemokratischen Partei, wie sie in dem in Hamburg domicilirenden und hauptsächlich von Hartmann, Geib und Derosi geleiteten Centralwahlcomite noch bestand, ist mit der Auflösung des letzteren aufgehoben. Die localen Vereinigungen haben sich ebenfalls entweder suspendirt oder ihre Statuten so modificirt, daß sie nicht socialdemokratischer, socialistischer oder communisistischer Tendenzen schon durch den bloßen Wortlaut ihrer Paragraphen bezeugt werden können. Alles in Allem scheint die äußere und öffentliche socialdemokratische Agitation beinahe schon durch die Androhung des Gesetzes lahm gelegt zu sein, es wird darauf ankommen, ob die Ausführung des letzteren auch der geräuschlosen Agitation, wie sie in Werkstätten und Arbeitsstellen aller Orten betrieben wird, wirksam begegnen kann. Darüber wird sich freilich erst urtheilen lassen, wenn wieder einmal das allgemeine Wahlrecht eine Zählung der socialdemokratischen Stimmen erlaubt. — Ob der Plan, das Gewerbeschulwesen vom Handelsministerium zu trennen und dem Ressort des Cultusministers zu überweisen, schon durch den diesjährigen Staatshaushaltsetat zur Ausführung gebracht werden wird, scheint noch fraglich zu sein. Jedenfalls wird aber dem betreffenden Specialetat eine Denkschrift beigelegt werden, in welcher die Pläne der Regierung betreffs der Organisation des gewerblichen Unterrichtswesens eine ausführliche Darlegung finden sollen. Die Beschlüsse der August-Conferenz haben zwar weitaus bei den meisten Theilnehmern Anerkennung gefunden, doch sind auch von anderen Seiten Angriffe erhoben worden, gegen die eine Rechtfertigung wohl geboten erscheint. Von den bisherigen Provinzial-Gewerbeschulen haben sich erst drei definitiv zu einer Uebernahme ihres Lehrplans nach Maßgabe der Beschlüsse jener Konferenz entschieden, Bries, Kassel und Jserlohn. — Im freihändlerischen Lager hat die von den Schutzöllnern des Reichstages erlassene Erklärung einen geringeren Eindruck hervorgerufen, als angenommen wurde. Insbesondere legen die Freihändler kein Gewicht auf die Schritte, welche die Landwirthe des Reichstages unternommen haben, um von der Regierung gleichfalls eine Untersuchung der Lage der Landwirtschaft zu verlangen, und auf Grund derselben zu einer Erhöhung der Zölle auf Vieh, Getreide, Butter, Obst u. zu gelangen. Sobald die Agrarier mit ähnlichen Forderungen an den Reichstag herantreten, wird sich die Mehrheit der industriellen Schutzöllner fragen, ob sie in der Lage ist, auf Kosten des Reichs solche Concessionen zu gewähren. Die Erklärung der Schutzöllner soll allerdings den Beweis liefern, daß die Industriellen und die Landwirthe sich zu einer gegenseitigen Solidarität ihrer Interessen verstehen wollen und sie haben aus diesem Grunde ihrem Programm den Passus hinzugefügt, daß sie „in Erkenntniß der den Volkswohlstand schädigenden Mängel des deutschen Zolltarifs und bei der Fortdauer der auf der deutschen Gewerthätigkeit

und Landwirthschaft lastenden Krisis eine auf das Resultat sorgfältiger Prüfungen und sachgemäßer Abwägungen gestützte Reform des deutschen Zolltarifs für nothwendig halten.“ Aber ebenso gewiß ist, daß in demselben Augenblicke, wo sie gleichzeitig für die Industrie und Landwirtschaft positive Anträge formuliren, die frühere Uneinigkeit wieder in den Vordergrund treten wird, weil Jeder die Priorität für seine Forderungen haben will. Deshalb ist es gelungen, eine im Allgemeinen gehaltene Erklärung zu Stande zu bringen. — Dem Abgeordnetenhaus werden aus mehreren Provinzen Petitionen politischer Localblätter zugehen, welche auf Grund einer Verfügung des Ministers des Innern Beschwerde führen, daß den Kreisblättern gestattet werde, ihre Einnahmen zunächst auf Privatinserate zu basiren. Der Ertrag derselben wird scheinbar den Communal-Kreisassen überwiesen, während sie nur dazu dienen, die Kreissecretäre, welche die Redaction der Kreisblätter führen, zu remuneriren. Die politischen Zeitungen werden in ihren Petitionen den Nachweis führen, daß sie mit den Kreisblättern nicht concurriren können, sobald diesen eine Art Privilegium außerhalb des Rahmens des gebotenen Abonnements gestattet wird. — Aus Beamtenkreisen werden wieder Petitionen vorbereitet, welche den Landtag ersuchen sollen, auf eine Aufhebung oder wenigstens zeitgemäße Reform der auf königlichem Patent vom 28. December 1775 beruhenden, durch später ergangene Cabinetsordres und Gesetze, besonders durch das Gesetz vom 17. Mai 1856, modificirten „Allgemeinen Witten-Verpflegungs-Anstalt“ hinzuwirken. Man verlangt besonders, daß der Zwang zum Beitritt für diejenigen, welche nachweisen, daß sie ihre Familie für den Todesfall anderweitig, etwa durch Verträge mit einer Lebensversicherungsanstalt, sichergestellt haben, in Wegfall kommen solle. Es dürfte schwerlich überall bekannt sein, daß die Beitragspflicht des Staates zu dieser Anstalt zum Theil auch darauf sich gründet, daß in den Jahren der französischen Invasion im Anfange dieses Jahrhunderts der bis dahin angefallene Reservefonds zu Staatszwecken verwendet wurde.

[Der Bundesrath] hielt gestern eine Plenarsitzung. Den Vorsitz führte der Reichskanzler, später der Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Hofmann. Nach Feststellung des Protokolls der vorigen Sitzung wurde ein Schreiben des Präsidenten des Reichstages vorgelegt, betreffend die Beschlüsse des Reichstages zu dem Entwurf eines Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie. Der Gesetzentwurf wurde in der vom Reichstage beschlossenen Fassung angenommen. Außerdem wurden Anträge des Ausschusses für Justizwesen, betreffend die Vereinbarung übereinstimmender Grundzüge für die Ausführung des Gesetzes, genehmigt. Ein Antrag, betreffend den Abschluß eines mit Großbritannien wegen Mitwirkung der beiderseitigen Behörden bei Ergreifung von Deserteuren der Handelsmarine, wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Ausschüsse wurden erteilt über a. den Erlaß von Bestimmungen, betreffend die Gebühren der Militärcomandos zum Zweck der Durchführung von Absperungsmaßnahmen gegen die Rinderpest, b. die Kosten für den Bau des Zollgebäudes in Cuxhaven, c. die Befreiung erledigter Rathstellen bei dem Rechnungshofe. Die bezüglichen Ausschufsanträge wurden genehmigt. Endlich wurden einige an den Bundesrath gerichtete Eingaben vorgelegt und den betreffenden Ausschüssen überwiesen, nämlich a. eine Eingabe der Kaufleute G. Rosenthal u. Co. zu Darmstadt, betreffend den Eingangszoll für sogenannte Ausbütte (Finsbütte), b. eine Eingabe der Handelskammer zu Wesel, betreffend den Berner Vertrag-Entwurf eines internationalen Eisenbahn-Transportrechts, c. eine Eingabe der vereinigten Rheinisch-Westfälischen Pulverfabriken zu Köln, betreffend den Transport von Schießpulver auf Eisenbahnen. Eine Anzahl Eingaben eingetragener Erwerbs- und Wirthschafts-Gesellschaften, betreffend den Entwurf eines Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie, wurde als durch den vom Bundesrath und Reichstag angenommenen Gesetzentwurf erledigt betrachtet.

[Der fortschrittliche Parteitag] wird, wie jetzt definitiv bestimmt ist, in den Tagen vom 23.—26. November hier abgehalten werden. Die eigentlichen Verhandlungstage werden Sonntag, den 24., und Montag, den 25., sein. Local- und Wahlvereine der Provinzen haben an die zur Redaction des Parteiprogramms niedergesetzte Commission mannigfache Wünsche betreffs bestimmter Punkte kundgegeben, die auf dem Parteitage selbst noch vermehrt und erweitert werden dürften.

Oesterreich.

Wien, 22. Oct. [Der österreichische Budgetvoranschlag] für 1879 weist der „Polit. Corresp.“ zufolge eine Verminderung der Ausgaben um 12 Millionen und eine Verminderung der Einnahmen um 4 Millionen gegen das Vorjahr auf. Wenn von den Ausgaben das Erforderniß für die Schuldentilgung mit 18,900,000 Fl. und von den Einnahmen ein durch die Ausgabe von Rententitres zu beschaffender Betrag von 18,700,000 Fl. abgezogen und dieselbe Prozedur bei dem vorjährigen Voranschlag bezüglich der Schuldentilgung betreffenden Ziffern vorgenommen wird, so ergibt sich pro 1879 ein Mehrerforderniß von 4,200,000 Fl.; hervorgerufen ist dasselbe durch die Steigerung der Zinsen der Staatsschulden um 4 1/4 Mill., wobei die Zinsen des 60-Millionen-Credits einbezogen sind, sowie durch einen Mehrbetrag von ca. 2 Millionen für Steuerrestitutionen; dagegen sind neuerdings 2 1/4 Millionen in der Verwaltung erspart. Die Einnahmen stellen sich nach obigem Modus 12,200,000 Fl. höher als im Vorjahr, wobei die mäßig gehaltenen Aufätze den thatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Sonach beziffert sich das Deficit pro 1879 auf 15,300,000 Fl., worin 3 Millionen für monumentale Bauten und Eisenbahnbauten enthalten sind. Gegenüber dem Deficit von 1878 ergibt sich sonach eine Besserung der Bilanz um 8 Millionen.

Wien, 22. October. [Armeebefehl.] Der Kaiser hat einen Armeebefehl erlassen, in welchem er anlässlich der Durchführung der Occupation in Bosnien und der bevorstehenden theilweisen Verlegung der zweiten Armee in die normalen friedlichen Verhältnisse den Commandanten, Generalen, Offizieren und Mannschaften seinen Dank ausspricht für die Pflichttreue, den Opferruth, die Ausdauer und das einheitliche Zusammenwirken Aller bei Lösung ihrer schwierigen Aufgabe. Mittels besonderer Handschreiben hat der Kaiser dem Kriegsminister, Grafen Blandt, das Großkreuz des Leopoldordens, dem commandirenden General in Agram, FML. Baron Franz Philippovic, das Großkreuz des Leopoldordens mit der Kriegsdecoration des Ritterkreuzes, dem FML. Beck den eisernen Kronen-Orden erster Klasse mit der Kriegsdecoration dritter Klasse verliehen und dem Statthalter von Robich in der anerkanntesten Weise seinen Dank ausgesprochen. FML. Molinary ist zum Commandirenden in Lemberg, FML. Packany zum stellvertretenden Commandanten der cisleithanischen Landwehr,

HM. Herzog von Württemberg zum stellvertretenden Commandanten der zweiten Armee, HM. Ringelsheim zum Commandanten in Brünn, HM. Szapary zum Militärcommandanten in Temesvár, HM. Wienert zum Commandanten der zweiten Truppendivision, HM. Ramberg zum Militärcommandanten von Preßburg ernannt worden. Ferner hat der Kaiser in Anerkennung ihrer hervorragenden tapferen und verdienstlichen Leistungen dem HM. Herzog von Württemberg den eisernen Kronorden erster Klasse mit der Kriegsdecoration, den HM. Szapary und Regethofs das Commandeurekreuz, 12 anderen Offizieren das Ritterkreuz des Leopoldordens mit der Kriegsdecoration, 38 Offizieren den eisernen Kronorden 3. Klasse mit der Kriegsdecoration und 148 Offizieren das Militärverdienstkreuz mit der Kriegsdecoration verliehen.

Frankreich.

* Paris, 20. October. [Die Angelegenheit der nachträglichen Verhaftungen] ist erledigt. Der Polizeipräsident hat seine Agenten angewiesen, ohne besondere Verordnung keine Verhaftungen mehr vorzunehmen, und die noch übrigen Acten sollen sämtlich durchgesehen werden, ehe neue Schritte geschehen. Die „Republique Française“ brachte gestern Morgen noch einen sehr scharfen Artikel, worin sie die Sache so aufstellte, als bestände eine Art von Verschwörung der Militärdepartements, um die Bürger von Zeit zu Zeit zu erschrecken und sich vom Justizminister unabhängig zu zeigen; am Nachmittag war die Verordnung des Polizeipräsidenten schon da. Es ist bemerkenswerth, wie schnell die Regierung in diesen und ähnlichen Fällen dem Drängen der bedeutenderen Zeitungen nachgibt. — Der Fabrikant Finet, schreibt man der „R. Z.“, ist auf Befehl des Gouverneurs von Paris, welcher die Militärgerichte unter sich hat, vorläufig in Freiheit gesetzt worden. Die Erregung, welche die letzten in Paris und auch in der Provinz vorgenommenen Verhaftungen hervorgerufen, ist nämlich so groß, daß die Militärbehörde es für gut hält, etwas gemäßigt aufzutreten. Die Regierung selbst war diesen Maßregeln, welche von der Militärbehörde eigenmächtig ergriffen worden waren, vollständig fremd. Dieselben wurden hinter ihrem Rücken vorgenommen und man hält sie für ein Manöver, welches die Militärpartei sich wegen der bevorstehenden Senatswahlen erlaubt. Der „Temp“ meint: „Wer sind die, welche diese Maßregel angeordnet haben? Das Cabinet wird es schnell erfahren, wenn es sich die Mühe geben will, nachzuforschen, und es ist nicht zweifelhaft, daß es dieses will, denn seine Würde erheischt, daß solche ernste Maßregeln nicht hinter seinem Rücken vorgenommen werden. Einerlei, ob in dieser Sache ein vorbedachtes politisches Manöver oder der persönliche Act eines Civil- oder Militärbeamten zu suchen ist, wird die Regierung gewißlich es wissen wollen, wenn es auch nur deshalb wäre, um die öffentliche Meinung aufzuklären, nachdem sie sich selbst aufgeklärt hat.“

[Clericales.] Wenn der Papst wirklich Gefangener ist, schreibt John Lemoinne im „Journal des Debats“, so ist er Gefangener der Partei, die den Krieg des alten Pius IX. verlängern und sich um keinen Preis mit der Geschichte und dem Jahrhundert abfinden will. In Rom ist das heilige Collegium mit Cardinälen bevölkert, die der alte Papst geschaffen hat, wie hier in Frankreich unsere Verwaltungen von Beamten der gestürzten Regierungen wimmeln. In Europa und in der ganzen Welt sind es nicht die Bischöfe und Priester, welche die Kirche leiten, sondern es sind diejenigen, welche von einer neuen Liga, der sie wie Sklaven gehorchen, geleitet und beherrscht werden. Ob der Papst in Rom oder Avignon die Lage wird dieselbe bleiben. In allen Tonarten wurde uns erklärt: „Der Revolution wird der Krieg gemacht“; daher hat die Revolution die Pflicht, sich ihrer Haut zu wehren.

[Saint Genest] erscheint wieder auf der Bühne. Heute bekämpft er Beuillot, den Gegner des verstorbenen Dupanloup, und Gambetta mit einer Verbtheit, wie sie unter solchen Leuten freilich in der Ordnung ist. Saint Genest kann nicht begreifen, wie die Nation des heiligen Ludwig's, Heinrich's IV., Ludwig's XIV. und Napoleon's solche Menschen zu Führern nimmt. Saint Genest hat den Muth, zu schreiben: „Unser armes Land hat weder Achtung noch Ordnung, noch Respect vor den Oberen! In diesem Augenblick fährt ein Abenteuerer triumphirend im Lande umher wie ein Staatsoberhaupt, während das wirkliche Oberhaupt des Staates sich im Schatten hält. Wohlan! Soll unsere Kirche dereinst eine ähnliche Verwirrung erfahren? Sollen unsere Priester verdämmt sein, später von Journalisten anstatt von den Bischöfen Befehle zu empfangen? Ihr wunder euch, wie Frankreich's Heer mitten in diesem Chaos noch fortbestehen, wie es dieser allgemeinen Auflösung widerstehen konnte. Aber habt ihr je in unsern Lagern einen Politiker ohne Mandat gesehen, der mehrere unserer Generale angreift und dann von den andern bejubelt wird? Seht ihr nicht gerade jetzt tapfere Generale sich dagegen vertheidigen, daß sie Gambetta empfangen hätten u. s. w.“

[Gambetta] wird sich, wie es heißt, mit der Witwe des verstorbenen Senators Arnaud (de l'Arriege) vermählen. Diefelbe ist zwar älter als Gambetta, besitzt aber ein sehr großes Vermögen.

[In der am 17. d. M. stattgehabten Sitzung] des Finanz-Ausschusses der Kammer erklärte sich der Finanzminister Leon Say gegen eine fortgesetzte Verminderung der Steuern; er giebt zu, daß man die lästigen Steuern verringere, wenn es möglich sei, wünscht aber nicht, daß man einen Weg einschlage, der die Verminderung, einerlei wie die Lage des Staatschazes sei, zum Ziel habe. Er drückte sein Bedauern aus, daß man diese Frage für 1879 in Anregung gebracht habe; die Lage des Staatschazes sei zwar sehr befriedigend, aber die Bedürfnisse, welche sich ründgegeben, würden die weitgehenden Verminderungen, die man in Aussicht gestellt, nicht gestatten. Der Minister deutete darauf an, daß man am besten thun würde, für 1879 nur die Gewerbesteuer der zwei unteren Klassen herabzusetzen; das würde einer Masse kleiner Leute, die heute arg bedrängt seien, zu Statten kommen; der Staat würde dadurch 8 Millionen und die verschiedenen Gemeinden 6 Millionen einbüßen; Etard machte den Minister auf die Seltenheit der Bantcheine von 100 Fr. aufmerksam, wodurch der Verkehr arg gestört werde. Der Minister versprach, diesem Uebelstande abzuweichen und die Bank von Frankreich zu zwingen, ihre in dieser Hinsicht eingegangene Verpflichtung streng zu erfüllen. Die Bank ist eine Gegnerin der kleinen Scheine und giebt fast nur noch Scheine zu 500 und 1000 Fr. aus.

[Bischöfliche List.] Als die Budget-Commission gestern das Budget des Unterrichtsministeriums beriet, machte der Abgeordnete Spuller in derselben eine Mitteilung, welche von anderen Abgeordneten bestätigt wurde: ein Priester schreibt ihm nämlich, daß verschiedene Bischöfe eine Methode erfunden haben, die Staatsstipendien ihrer Zöglinge für stille Zwecke nutzbar zu machen; der Staat vertheilt bekanntlich jährlich bestimmte Summen an die Schüler der kleinen und großen Seminare; die erwähnten Bischöfe nun lassen sich von den Stipendiaten eine Verschreibung ausstellen, durch welche diese sich verpflichten, die erhaltenen Beträge, wenn sie erst ein Amt erlangt haben, ratenweise zurückzahlen; so fließt das Stipendium schließlich in die bischöfliche Kasse und kann ohne Controle verwandt

werden, wie verlautet, meistens für Zwecke der geistlichen Congregationen.

[Der „Messager du Midi“] zu Montpellier, längere Zeit das bedeutendste legitimistische Blatt des Südens, hat Bankrott gemacht.

[Das Ausstellungsfest.] Mit dem heutigen Tage beginnt für Paris eine neue Festwoche, welche in dem großen Ausstellungswerk gewissermaßen das Schlußcapitel bilden soll. Zur Einleitung der Lustbarkeiten wurde den Pariser heute Mittag, zum ersten Male seit dem Sturze des Kaiserreichs, eine Gratisvorstellung in den vom Staate unterhaltenen Theatern und in einigen anderen öffentlichen Kunst- und Vergnügungs-Anstalten geboten. Die Große Oper gab „Wilhelm Tell“ von Rossini, das Theatre francais den „Misanthrope“ von Moliere und die „Plauteurs“ von Racine, das Odeon „Rodogune“ von Corneille und die „Folies amoureuces“ von Regnard, die Komische Oper die „Weisse Dame“ von Boieldieu, das Theatre Historique das patriotisch-republicanische Volksstück „Marceau“, Paderloup im Wintercircuit ein populäres Concert und der Hippodrome eine Reiter-Vorstellung. Die Pforten dieser Schauspielhäuser waren buchstäblich schon von Mitternacht an und trotz des heftigen Regenwetters, welches erst heute gegen Mittag mit dem Sonnenschein Platz machte, von Schaulustigen belagert und die Fremden konnten auf dem Platz vor der Großen Oper nicht genug die Ordnung und den Anstand bewundern, mit welcher die nur der Form halber von Stadt-Regimenten in Bataillone abgetheilte Menge ihren Einzug in den Kunsttempel hielt. Man muß übrigens nicht glauben, daß bei diesen Frei-Theatern der Schleichhandel mit Billets gänzlich ausgeschlossen ist; man sah, gerade vor der Großen Oper, Personen ihren privilegierten Platz in der „Ducue“, den sie durch vollständiges Harren erworben hatten, bis 15 und 16 Francs theuer verkaufen; bei den anderen Theatern freilich galt das Vorrecht kaum mehr als 1 oder 2 Francs. Morgen wird nun der Act der Preisvertheilung selbst folgen und zwar nach dem Programm in folgender Weise: Um 11 Uhr werden die Thüren des Industrie-Palastes in den Elysäischen Feldern den Gästen geöffnet; das Orchester führt eine Hymne von Laurent de Millé, den Marsch aus dem „Propheten“ von Meyerbeer und den Soldatenchor aus Gounod's „Faust“ auf. Um 12 Uhr 40 Min. trifft der Präsident des Abgeordnetenhauses und 5 Minuten später der Präsident des Senats mit ihren Vorständen ein; gegen 1 Uhr fährt dann der Präsident der Republik vor dem großen Portal vor und begiebt sich unter dem Geleite der Minister nach der Ehren-Estrade. Während der Verkündung und Ueberreichung der Preise spielt das Orchester die Symphonie „Orient und Occident“ von Saint-Saens, an diesen Act schließen sich dann Reden des Präsidenten der Republik und des Handelsministers; das Orchester spielt noch einmal die patriotische Hymne vom Anfange und die officielle Welt zieht sich zurück. Die Stadt ist schon heute festlich beflaggt. Bälle stehen für Montag beim Handelsminister Telferene de Vort, für Dienstag in dem Schloß von Versailles und für Donnerstag beim Minister des Auswärtigen, Herrn Waddington, bevor.

Großbritannien.

London, 19. Oct. [Die Rede des Staatssecretärs des Innern, Mr. Croft.] bei dem Banquet in Southport verdient insofern Beachtung, als zum ersten Male eine Stimme aus offiziellen Kreisen dem Pessimismus bezüglich der Ausführbarkeit des Berliner Vertrages entgegentritt. Wir lassen die telegraphisch schon kurz skizzierte Rede hier ausführlicher folgen.

Der Staatssecretär bemerkt, bei Ausführung des Berliner Vertrages seien Schwierigkeiten entstanden, glücklicherweise gingen einige Dinge jetzt ihrer Lösung entgegen. Das Ministerium werde nicht aufhören, die Lösung aller Schwierigkeiten zu erstreben. Man habe die Befehle Eyners scharf getadelt, einer Insel ohne Häfen, die nichts nützen, aber sehr viel kosten würde und welche nur alle Welt zu Annerionen verleiten müßte. Redner aber meint, was in dem Berliner Vertrage und nachher geschehen sei, werde vom Lande für richtig gehalten. Das Eypen große Ausgaben machen werde, glaube er nicht. Er hoffe, eine dort zu schaffende gute Verwaltung werde auf dem orientalischen Festlande ein gutes Beispiel geben. Alles was sie könne, werde die englische Regierung thun, um trakt ihrer Vertragsrechte die bisher so unglücklichen Provinzen in Armenien und anderswo zu verbessern. Durch seinen Willen werde England diesen edlen Versuch erfüllen können. Er kenne kein besseres Ziel für England, als allen diesen Provinzen durch die Fortsetzung und gute Verwaltung Spenden zu lassen. Die bisherige Politik gegenüber Afghanistan, sei gewesen, es stark, unabhängig und bestrebt zu erhalten. „Wir hatten niemals den Wunsch gehabt, die Grenzen Indiens in jener Gegend auszuweiten, aber jene Bedingungen mußten natürlich aufreht erhalten werden. Wenn der Emir nicht länger stark, unabhängig und freundschaftlich blieb, so war es jedenfalls für uns Zeit, zu fragen, wie das läme und was geschehen sollte.“ Es konnte sein — so sprach Mr. Croft weiter — daß die von Kabul kommende Erklärung befriedigend sein würde und man nicht weiter von der Sache hören würde. Andererseits könnte sich herausstellen, daß man auf gefährlichen Boden getreten sei, und daß sich plötzlich der Vulkan vor uns öffnete, den wir nicht getannt. Was auch geschehen möge, darüber dürfe kein Zweifel bestehen, was englischer Eifer sei, und an der Nordgrenze Indiens dürfe die englische Obermacht nicht angezweifelt werden. Das sei von unschätzbbarer Wichtigkeit für Indien, das eine Lebensfrage für das Reich; wenn dem indischen Reiche etwas geschehen würde, so würde keine Grafschaft mehr leiden, als eben Lancashire. Mr. Croft fügt hinzu, man habe vielfach über „Imperialismus“ der Regierung gesprochen. Er wisse aber nicht einmal, was Imperialismus bedeute, geschweige, daß er demselben fröhne. Meines es etwa, daß England an jedem Hofe Europas jetzt mehr wegen seiner Macht geachtet werde, als es während der letzten 50 Jahre der Fall war, dann habe man doch wenig Grund, zu großen. Wenn es meine, daß die britischen Colonien, obwohl so stark, daß sie sich zu jeder Zeit losreißen könnten, durch Bande der Liebe so an das Mutterland gefesselt seien, daß sie sich an uns anklammerten und die Tochter der Königin aufnehmen, wie es die Heimath thut, wenn Imperialismus ferner meine, daß nicht nur Canada, sondern auch Australien und andere Colonien Waffen, Geld und Mannschaft bei dem ersten Schlachtrufe zu schiden bereit seien, dann sei Redner befriedigt. Wenn Imperialismus heiße, daß Indien erhalten werden solle und von keiner anderen Macht, die dem Lande nicht halb so viel Glück, Freiheit und Erziehung zur Selbstverwaltung geben könne, zu regieren sei, dann sei er noch immer zufrieden. Das jetzige Ministerium habe während einer fünfjährigen Dauer nur zwei Parlamentsitzungen verloren.

Rumänien.

Bukarest, 20. Oct. [Aus den Kammerverhandlungen.] Bei den Verhandlungen der rumänischen Kammer über die Abtretung Bessarabiens machten die Minister Cogalniceanu und Bratiano Enthüllungen, die auch heute noch viel mehr als nur ein historisches Interesse haben. Der Erstere erzählte u. A.: „Im Juni 1877, wo der Kaiser von Rußland sich bereits in Ploeschi befand, erhielt ich eines Tages vom Fürsten Gortschakoff die Mitteilung, er habe mir etwas zu sagen. Nach einer Conversation über ganz gewöhnliche Dinge sagte mir der russische Reichskanzler, daß er sich über eine neue Rectification der Grenzen mit Rumänien verständigen wolle, daß die Großmächte einer solchen Rectification sich nicht widersetzen; daß diese Frage in Reichstadt verhandelt worden sei und daß er somit über einen Austausch von Bessarabien gegen ein Gebiet jenseits der Donau sich mit uns verständigen wolle. Fürst Gortschakoff fügte noch hinzu, daß diese Angelegenheit ein Geheimnis sei, welches das österreichisch-ungarische Cabinet nicht einmal seinem eigenen Botschafter in London mitgetheilt habe, damit die eng-

lische Regierung ja nichts davon erfahre.“ Ich gestehe Ihnen, meine Herren, sagte Cogalniceanu, daß ich, als ich dies vernahm, mich wie von einer Bombe getroffen fühlte. Nun wollte ich mich sofort überzeugen, ob der Plan Rußlands nur eine persönliche Ambition des Fürsten Gortschakoff, oder aber bereits das Resultat einer Verständigung zwischen den Großmächten sei. Ich sagte meinen Collegen, daß ich ins Ausland gehen müßte und reiste ab. Ich ging nach Wien und nach anderen Städten. Nun gut, meine Herren Deputirten, was glauben Sie, was geschah? Es geschah, daß das, was die Botschafter Oesterreich-Ungarns und anderer Großmächte nicht wußten, mir bekannt war. Ich erfuhr — ich kann sagen tertuell — das, was in Reichstadt beschlossen worden war; ich sah, daß Rußland darauf halte, bezüglich Bessarabiens mit uns sich zu verständigen und daß Europa dieser Sache endlich und schließlich sich nicht widersetzen werde. Ich constatire auch noch, daß die zwei deutschen Großmächte die Donau-Mündungen nicht in russischen Händen lassen wollten; deshalb begnügte Rußland sich damit, Bessarabien nur bis zum Wasser von den Rumänen in Tausch zu nehmen, das Donau-Delta aber Rumänien zu geben.“ Minister-Präsident Bratiano brachte in dieser Frage eine weitere, höchst charakteristische Enthüllung. Nachdem er ausgeführt hatte, daß es nicht von diesem Kriege, sondern schon von viel früher her bekannt gewesen sei, daß Rußland sich Bessarabien wieder zuwenden wolle, fuhr er wörtlich fort: „An dem Tage, wo mir der Verlust Bessarabiens officiell von Denjenigen notificirt wurde, mit denen ich die Integrität unseres Gebietes gewährleistende Convention vom 4./16. April abgeschlossen hatte, wendete ich mich an den Grafen Ignatieff, den einzigen Menschen, der mich in meinem Leben betrogen hat, und derselbe erwiderte mir, daß Rußland nicht die Absicht habe, uns Bessarabien zu nehmen; und mit Thränen in den Augen gab Graf Ignatieff mir die Versicherung, daß dies nicht geschehen werde. Da erhob ich mich und drückte ihm die Hand. Allein wir zählten nicht bloß auf Gefühle, auf Thränen und auf mündliche Versprechungen, sondern wir trafen auch unsere Vorsichtsmaßregeln, indem wir den bekannten Artikel in die Convention vom 4./16. April aufnehmen ließen, wodurch die Integrität unseres Territoriums von Rußland uns gewährleistet wird.“

Provincial-Beitrag.

—o Breslau, 23. Oct. [Unglücksfall mit tödtlichem Ausgang.] Als der bei dem Umbau des Hauses Miltzschstraße Nr. 29 beschäftigte Maurerpolier Weiß gestern Abend gegen 6 Uhr die den Gasmeßer verschließende Thür zumachen wollte, stürzte er von dem Gerüst, auf welchem er stand, infolge Abgleitens eines Brettes aus beträchtlicher Höhe auf den Kellerboden hinab und erlitt einen Bruch der Wirbelsäule in der Halsgegend, infolge dessen sein Tod auf der Stelle eintrat. Der Verstorbene wurde nach seiner auf der Nachbstraße belegenen Wohnung geschafft.

—ch. Gorkh, 21. Oct. [Die Schmidt-Nedersche Beschwerde. — G. Apich f. — Pädagogischer Verein. — Die große Glocke.] Von den zahlreichen Beschwerden, welche der ehemalige Stadtverordnete, Vergrath Schmidt-Neder, während seiner kurzen Thätigkeit über das Verfahren der Stadtverordneten-Versammlung, den stellvertretenden Vorsitzenden der Versammlung und den Oberbürgermeister Gobbin bei der Regierung, dem Oberpräsidenten und dem Minister des Innern angebracht hat, ist nun auch die letzte erledigt. In der Sitzung der Stadtverordneten vom 12. April d. J. war der Stadtverordnete, Rechtsanwalt Becke, veranlaßt durch das Auftreten des Stadtv. Vergrath Schmidt, mit dem Antrage hervorgetreten, gegenüber einem vom Stadtv. Vergrath Schmidt in dem „N. G. A.“ veröffentlichten, dann aber von ihm nicht mehr bei der Versammlung eingebrachten Antrage auf Revision des gesamten städtischen Kassensystems unter Zugiehung eines von der Regierung zu erbitenden Rechnungsbeamten, die Erklärung abzugeben, daß die Versammlung absolut keine Veranlassung habe, den städtischen Kassensystemen zu misstrauen, die vielmehr auf vollstes Vertrauen Anspruch hätten. Der Schmidt-Nedersche Antrag enthielt allerdings eine Motivierung, die bei Unbefangenen den Glauben erwecken mußte, daß in der städtischen Kassensystemverwaltung die schlimmsten Dinge vorgekommen sein müßten, und der Umstand, daß Vergrath Schmidt-Neder außerdem noch einen Artikel hatte erscheinen lassen, der die Bürgerchaft noch mehr aufzuregen geeignet war, und in derselben Sitzung durch Mißachtung der parlamentarischen Formen die Versammlung mißbraucht gerast hatte, trug dazu bei, die Debatte wohl lebhafter zu machen, als das sonst hier üblich ist. In derselben wies Oberbürgermeister Gobbin das Vorgehen des Stadtverordneten Schmidt-Neder in entschiedener Weise zurück, bezeichnete dasselbe als eine Verirrung und gab die Erklärung ab, daß die Angelegenheit zwischen dem Magistrat und dem betr. Stadtverordneten voll und ganz zum Austrag gebracht werden würde, indem er hervorhob, daß die angesehene amtliche Stellung des Antragstellers dem Schmidt-Nederschen Antrage eine höhere Bedeutung gegeben habe, als ihm zukomme. Der Stadtv. Vergrath Schmidt-Neder hatte nun in Folge dieses Vorganges eine Beschwerde über Oberbürgermeister Gobbin eingebracht und dieselbe bis an den Minister des Innern gebracht. Im Auftrage des Ministers hat die Regierung in Legnizt diese Beschwerde als ungedruckt zurückgewiesen. Der Vergrath-Nedersche Anwalt hat also bei seiner der von ihm angeregten Inzidenten für sein Verhalten auch nur Entschuldigung gefunden, vielmehr ist allseitig anerkannt, daß er die ihm widerfahrene ernste Abweisung vollaus selbst verschuldet hat. Die Entschreibung des Ministers wird hier allgemeine Billigung finden, denn wenn Jemand in agitatorischer Form, ohne nur den Schimmer eines Beweises zu haben, mit Entwürfen vorgeht, welche die Ehrenhaftigkeit von bewährten Beamten und namentlich Kassensystemen zu verdächtigen geeignet sind, so muß er es sich gefallen lassen von dem Chef der angegriffenen Verwaltung, der die Pflicht hat, für seine Beamten einzutreten, öffentlich eine entschiedene Zurückweisung zu erfahren. Uebrigens wird man, daß der Oberbürgermeister Gobbin selbst in seinem Berichte an den Minister des Innern erklärt hat, er sehe die — nicht von ihm geschaffene — Situation als ein Unglück an, indessen müsse ein Mann in seiner Stellung auch diesen gefährlichen Situationen voll entsprechen und dürfe sich nicht aus Scheu vor Mißdeutung oder über Nachrede von der Erfüllung seiner Pflicht abhalten lassen. Die Stadtverordneten-Versammlung hat seiner Zeit sich auf den Standpunkt des Oberbürgermeisters gestellt, indem sie mit allen Stimmen gegen die des Stadtv. Schmidt-Neder den Vorschlag des Antrags annahm. — Die Bürgerchaft unserer Stadt hat wieder einen schweren Verlust erlitten. Heute Nachmittag 4 1/2 Uhr ist der Mithhaber der bekannten Firma Ernst Halberstadt senior, Fabrikbesitzer Gust. Apich sen. an einem Herzleiden gestorben. Er war als Stadtverordneter und Mitglied der kirchlichen Gemeindevertretung bis wenige Wochen vor seinem Ende thätig und in früheren Jahren einer der angesehensten Führer der freisinnigen Partei. Ein Ehrenmann in jeder Beziehung bewahrte er sich auch ein offenes Herz für das Schöne und Gde., und sehr viele, wo es galt ideale Zwecke zu fördern. — Der hiesige pädagogische Verein hat unter lebhafter Theilnehmung dieser Tage sein zehnjähriges Stiftungsfest gefeiert. Er kann mit hoher Befriedigung auf das von ihm geleitete zurückblicken. — Bei dem Läuten der großen Glocke im St. Peterskirchenthurm ist gestern der Alldel Sprünge und es wird ein neuer Beschäftigt werden müssen.

X. Neumarkt 22. October. [Tageschronik.] Vorgestern Abend brach im nahen Frankenthal Feuer aus, eine Hauskammer wurde in Asche gelegt. — In unserm nahegelegenen Dorfe Camöje vollzieht sich jetzt ein interessantes Ereignis. Der dortige See (etwas über 9 Morgen) wird jetzt von einem Unternehmungslustigen seines Waffers herab (durchschnittlich 9 Fuß Tiefe), um den im See befindlichen Fischen beikommen zu können. Seit Mittwoch früh (also fast seit acht Tagen) ist ohne Unterlaß die Locomobile im Gange, Tag und Nacht, um das Wasser mit einer sogenannten Schnecke herauszuheben und in einen Abzugsgraben zu leiten. Hunderte von Menschen besuchen täglich dieses interessante Schauspiel, welches wohl in einigen Tagen zum Abschluß kommen wird; es aber die Fische die Mühe und Kosten reichlich decken wird, muß die Folge lehren.

S. Freiburg, 21. Oct. [Gartenbau-Verein.] In der kürzlich unter dem Vorhitz des Kunstgärtner Friedrich-Lasch in Jirila abgehaltenen General-Versammlung des Freiburger Gartenbau-Vereins wurde zunächst von dem Schriftführer, Lehrer Rubner-Jauer, der Bericht über die Thätigkeit im fünften Vereinsjahre erstattet. Danach zählt der Verein in

October 22., 23.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	+ 14° 8	+ 10° 5	+ 10° 3
Luftdruck bei 0°	328 ^{'''} 06	327 ^{'''} 30	326 ^{'''} 51
Dampfdruck	4 ^{'''} 70	4 ^{'''} 47	4 ^{'''} 87
Dampf-sättigung	67 pCt.	90 pCt.	100 pCt.
Wind	SD. 1.	SD. 2.	NB. 1.
Wetter	bewölkt.	z. heiter.	bed., Nacht Reg.

Breslau, 23. Oct. [Wasserstand.] D.-P. 4 M. 68 Cm. U.-P. — M. — Cm.

Berliner Börse vom 22. October 1878.

Fonds- und Geld-Course.			Wechsel-Course.				
Deutsche Reichs-Anl.	4 1/2	95,60 bz	Amsterdam 100 Fl.	8 T. 4	167,05 bz		
Consolidirte Anl.	4 1/2	104,80 bz	do. do.	2 M. 4	167,95 bz		
do. do. 1876	4	95,80 bz	London 1 Lstr.	3 M. 4	20,27 bz		
Staats-Anleihe	4 1/2	95,30 bz	Paris 100 Fr.	8 T. 3	81,00 bz		
Staats-Schuldenscheine	3 1/2	92,30 bz	Petersburg 100 R.	3 M. 6	201,00 bz		
Präm.-Anleihe v. 1853	4 1/2	106,40 bz	Warschau 100 R.	8 T. 6	202,10 bz		
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2	102,25 bz	Wien 100 Fl.	8 T. 4 1/2	172,00 bz		
Berliner	4 1/2	99,70 B.	do. do.	2 M. 4 1/2	170,90 bz		
Pommersche	4 1/2	84,50 bz	Eisenbahn-Stamm-Actien.				
do. do.	4 1/2	95,25 bz	Divid. pro 1876	1877			
do. do.	4 1/2	102,50 bz	Aachen-Maschricht.	1 1/2	4	14,50 G	
do. Lndsch. Cred.	4 1/2	—	Berg-Märkische.	3 1/2	4	76,60 bz	
Posenische neue	4	94,75 B.	Berlin-Anhalt	0	4	90,00 etbzG	
Schlesische	3 1/2	86,40 G	Berlin-Dresden	0	4	9,90 bz	
Lndsch. Central	4	95,00 bz	Berlin-Görlitz	0	4	12,10 bz	
Kur- u. Neumark.	4	96 G	Berlin-Hamburg	11 1/2	4	198,75 bz	
Pommersche	4	95,90 bz	Berl.-Potsd.-Magdb.	3 1/2	4	83,00 bz	
Posenische	4	95,10 bz	Berlin-Stettin	9 1/2	4	114,25 bzG	
Preussische	4	95,10 bz	Böhm. Westbahn	5	5	69,40 etbzG	
Westfal. u. Rhein.	4	99,00 G	Bresl.-Freib.	5 1/2	4	62,20 bz	
Sächsische	4	98,60 bz	Cöln-Minden	5 1/2	4	102,00 bz	
Schlesische	4	99,70 B.	Dux-Bodenbach	0	4	15,30 G	
Badische Präm.-Anl.	4	120,25 G	Gal. Carl-Ludw.	7	4	92,25 bz	
Baierische 4 1/2	4	123,25 B.	Halle-Sorau-Gub.	0	4	11,75 bz	
Cöln-Mind. Präm.	3 1/2	115,50 bz	Hannover-Altenb.	0	4	12,75 bz	
Sächs. Rente von 1876	3 1/2	72,50 B.	Kaschau-Oderberg	4	5	43,75 bz	
Kurs. 40 Thaler-Lose 244,40 bz			Komp. Rudolfsb.	5	5	49,50 bz	
Badische 35 Fl. Lose 143,50 bz			Ludwigsh.-Bach.	0	4	17,10 G	
Braunsch. Präm.-Anleihe 83,00 bz			Märk.-Posener	8	8	130,00 bzG	
Oldenburg Loose 137,90 B.			Magdeb. Halberst.	5	5	70,25 bz	
Ducaten 9,62 etbz			Mainz-Ludwigsh.	4	4	96,70 bz	
Sover. 20,44 G			Niedersch.-Märk.	9 1/2	8 1/2	127,80 bz	
Napoleon 16,20 bz			Oesterr.-Fr. St.-B.	9 1/2	8 1/2	434,00-36,00	
Imperial 16,68 G			Oest. Nordwestb.	5	4,15	5	187,75 bz
Dollars 4,18 G			Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	114,50-14,50
Siber. 172,50 bz			Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	40,20 bz
Russ. Bkn. 202,35 bz			Rechte-O.-U.-B.	6 1/2	6 1/2	4	105,30 bz
Hypotheken-Certificat.			Reichenberg-Pard.	4 1/2	4	4 1/2	34,50 bz
Krupp'sche Partial-Ob.	5	108,00 bz	Rheinische	7 1/2	7	4	107,40 bz
Unk. Pfd. d. Präm.-B.	4 1/2	97,00 B.	do. Lit. B. (4 1/2)	4	4	4	93,10 bz
do. do.	4 1/2	102,00 bzG	Rhein-Nahe-Bahn.	0	0	4	6,60 bzG
Deutsche Hyp.-B. Pfd.	4 1/2	95,00 G	Rumän. Eisenbahn	1	2	4	32,25 bzG
do. do.	4 1/2	100,30 bzG	Schweiz Westbahn	9 1/2	0	4	12,25 G
Kündb. Cent.-Bod.-Cr.	4 1/2	100,10 bz	Stargard-Posener	4 1/2	4 1/2	4 1/2	100,60 bz
Unkünd. do. (1872)	4 1/2	102,10	Thüringer Lit. A.	9 1/2	7 1/2	4	115,10 bzG
do. rückz. a 110	4 1/2	106,75 bz	Warschau-Wien.	6 1/2	5	4	171,00 etbzB
do. do. do.	4 1/2	98,75 bz	Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.				
Unk. H. d. Präm.-Bd.-Cr.	5	—	Berlin-Dresden	0	0	5	20,75 bzB
do. III. Em.	5	101,00 bzG	Berlin-Görlitz	0	0	5	31,25 bzG
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	5	100,00 bz	Breslau-Warschau	0	0	5	20,25 bz
Hyp.-Anth. Nord-G.C.B.	5	93,50 bzG	Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	38,00 bzG
do. do. Pfdbr.	5	93,25 bzG	Hannover-Altenb.	0	0	5	27,00 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	97,10 G	Köhlhuf-Falkenb.	0	0	5	19,75 G
do. do. II. Em.	5	93,50 G	Märkisch-Posener	3 1/2	4 1/2	5	85,90 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	106,75 bzG	Magdeb. Halberst.	3 1/2	3 1/2	3 1/2	77,20 bzB
do. do. II. Em.	5	104,75 B.	do. Lit. C.	5	5	5	105,40 bz
do. 50/100 Pfd. rückz. m. 110	4 1/2	100,20 bz	Oest. Südbahn	6 1/2	6 1/2	5	111,50 G
do. 4 1/2 do. do. m. 110	4 1/2	92,75 B.	Rechte-O.-U.-E.	6 1/2	6 1/2	8	84,50 bzG
Münchinger Präm.-Pfd.	4	107,90 bz	Rumänien	0	0	5	16,00 bzG
Pfd. d. Oest.-Bd.-Cr.-Ge.	5	92,25 bzG	Saal-Bahn	0	0	5	14,25 G
Schles. Bodencred.-Pfd.	5	99,10 G	Weimar-Gera	0	0	5	14,25 G
do. do.	4 1/2	99,00 G	Bank-Papiere.				
Südd. Bod.-Cred.-Pfd.	5	103,00 B.	Alg. Deut. Hand.-G.	0	2	4	30,00 G
do. do.	4 1/2	98,70 G	Anglo-Deutsche Bk.	0	0	4	—
Ausländische Fonds.			Berl. Kassen-Ver.	107 1/2	84 1/2	4	145,00 bzG
Oest. Silber-R. (1 1/2)	4 1/2	53,40 bz	Berl. Handels-Ges.	0	0	4	62,00 bzG
do. (1 1/2)	4 1/2	53,40 bzG	Berl. Präm.-u. Hdl.-B.	6 1/2	6	4	65,50 G
do. Goldrente	4	61,25 bz	Braunsch. Bank.	5	3	4	84,80 bzG
do. Papierrente	4 1/2	52,00 bzG	Bresl. Disc.-Bank.	4	3	4	65,10 G
do. 54er Präm.-Anl.	4	—	Bresl. Wechselb.	5 1/2	5 1/2	4	74,10 G
do. Lott.-Anl. v. 60	5	105,60 bz	Coburg. Cred.-Bk.	4 1/2	5	4	74,50 bz
do. Credit-Lose	5	235,00 B.	Daniger Priv.-Bk.	7	0	0	106,10 G
do. 64er Lose	5	148,75 B.	Darmst. Creditb.	6	6 1/2	4	115,80 bzG
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	146,80 bz	Darmst. Zettelb.	5 1/2	5 1/2	4	100,10 G
do. do.	5	146,80 bz	Deutsche Bank	6	6	4	102,30 bzG
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	73,40 bz	do. Reichsbank	6 1/2	6,29	4 1/2	153,60 G
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	5	74,40 bz	do. Hyp.-B. Berlin	8 1/2	8	4	87,40 G
Russ. Poln. Schatz.-Obl.	4	—	Disc.-Comm.-Anth.	4	5	4	127,90 bz
Poln. Pfdbr. III. Em.	4	62,25 bz	do. ult.	5	5	4	127,50-27,75
Poln. Liquid.-Pfdbr.	4	55,40 G	Genossensch.-Bnk.	5 1/2	5 1/2	4	90,75 G
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,40 G	Goth. Grundcred.	5 1/2	5 1/2	4	94,75 G
do. do. 1885	6	98,30 G	Hamb. Vereins-B.	10	10 1/2	4	102,00 G
do. 50/100 Anleihe	5	102,80 bz	Hannov. Bank.	5 1/2	15	6	102,50 G
Ital. 50/100 Anleihe	5	72,30 G	Königsb. Ver.-Bnk.	5 1/2	6	4	86,00 G
Ital. Tabak-Oblig.	6	102,40 bz	Lndw.-B. Kwietsch.	5 1/2	4	4	52 G
Raab-Grazer 100 Thlr.	4	70,25 bz	Leipz. Cred.-Anst.	6 1/2	5 1/2	4	111,25 G
Rumänische Anleihe	8	101,90 bzG	Luxemburg. Bank	6 1/2	6 1/2	4	106,00 B.
Türkische Anleihe	8	70,90 bz	Mageburger Bank	6	5 1/2	4	108,25 G
Ung. Goldrente	6	70,90 bz	Meininger Bank	2	2	4	77,50 G
Ung. 50/100 St.-Einsb.-Anl.	5	70,90 bz	Nordd. Bank	8	8 1/2	4	62,00 bzB
Schwedische 10 Thlr.-Lose	5	—	Nordd. Grundb.	8	8	4	63,20 bz
Finnische 10 Thlr.-Lose	32,20 G	—	Oberlausitzer Bk.	12 1/2	3	4	384 1/2-86 1/2
Türken-Lose 35,50 etbz	—	—	Oest. Cred.-Actien	11 1/2	6 1/2	4	98,75 B.
Eisenbahn-Prioritäts-Actien.			Posener Pr.-Bank	6 1/2	8	4	93,00 bzB
Berg-Märk. Serie II.	4 1/2	100 etbzB	Pr. Bod.-Cr.-Act-B.	8	8	4	119,50 bzG
do. III. v. St. 3 1/2	3 1/2	85,00 B.	Sächs. Bank	8 1/2	5 1/2	4	104,25 G
do. do. VI. 4 1/2	4 1/2	99,90 B.	Schl. Bank-Verein	5	5	4	86,25 G
do. Hess. Nordbahn	5	103,20 bzG	Weimar Bank	0	0	4	32,60 bz
Berlin-Görlitz	5	101,75 G	Wiener Unionsbk.	11 1/2	14	3 1/2	110 G
do. do.	4 1/2	90,00 G	In Liquidation.				
do. Lit. C.	4 1/2	83,10 B.	Berliner Bank	—	—	fr.	4,00 G
Breslau-Freib. Lit. F.	4 1/2	—	Berl. Bankverein	—	—	fr.	27 G
do. do. Lit. G.	4 1/2	94,50 G	Berl. Wechselb.	—	—	fr.	—
do. do. H.	4 1/2	94,50 G	Centralf. f. Genos.	—	—	fr.	11,00 bzG
do. do. J.	4 1/2	94,50 G	Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	19,00 G
do. do. K.	4 1/2	94,50 G	Gwb. Schuster u. C.	—	—	fr.	—
do. von 1876	4 1/2	101,40 bzG	Moldauer Lds.-Bk.	—	—	fr.	—
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	—	Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	—
do. do. Lit. B.	4 1/2	100,20 G	Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	—
do. do. Lit. C.	4 1/2	94,50 G	Sächs. Cred.-Bank	3 1/2	—	fr.	105,50 G
do. do. Lit. D.	4 1/2	—	Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	62,00 G
Halle-Sorau-Guben	4 1/2	101,60 B.	Thüringer Bank	0	0	fr.	75,00 bz
Hannover-Altenbeken	4 1/2	—	Industrie-Papiere.				
Märkisch-Posener	4 1/2	—	Berl. Eisenb.-Bd.-A.	0	—	fr.	550 G
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	96,50 B.	D. Eisenbahn-G.	0	0	4	4,50 B.
do. do. II. Ser.	4	97,75 bzG	do. Reichs-u. Co.-B.	0	0	4	70,75 bzG
do. do. Obl. I. u. II.	4	94,00 G	Märk. Sch. Masch. G.	0	0	4	20,25 bzG
do. do. III. Ser.	4	94 B.	Nordd. Gummiab.	5	4	4	48,50 G
Oberschles. A.	4 1/2	—	Westend. Com.-G.	0	—	fr.	0,25 G
do. B.	3 1/2	—	Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12 1/2	8	4	89,75 B.
do. C.	4	—	Schles. Feuervers.	15	25	fr.	950 B.
do. D.	4	—	Donnersmarkhütt.	3	3	4	26,00 bzB
do. E.	4	—	Dortm. Union	—	—	4	8,75 bz
do. F.	4	—	do. abgest.	0	—	4	13,25 bzB
do. G.	4 1/2	100,25 G	Königs-u. Laurah.	2	2	4	70,75 bzB
do. H.	4 1/2	101,40 B.	Lauchhammer	0	0	4	23,50 bz
do. von 1869.	4	101,40 B.	Marienhütte	6	3	4	50 B.
do. von 1873.	4	92,00 G	Oschl. Eisenwerke	0	—	4	—
do. von 1874.	4 1/2	100,10 G	Cons. Redenhütte	—	—	4	72,00 B.
do. Brieg-Neisse	4 1/2	95,50 G	Schl. Kohlenwerke	0	—	4	10,00 B.
do. Cösl.-Oderb.	4 1/2	—	Schl. Zinkh.-Actien	7	6 1/2	4	85,00 bz
do. do.	4 1/2	—	do. St.-Pr.-Act.	7	6 1/2	4 1/2	94,00 bzB
do. Stargard-Posen	4 1/2	100,50 G	Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	40,50 bzB
do. do. II. Em.	4 1/2	100,50 G	Vorwärtschütte	0	0	4	3,75 B.
do. do. III. Em.	4 1/2	—	Baltischer Lloyd	—	—	fr.	5 G
do. Ndrsch. Zwg.	3 1/2	—	Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	—
Ostpreuss. Südbahn	4 1/2	99,25 G	Bresl. E.-Wagenb.	2 1/2	1	4	53,75 B.
Rechte-Oder-Über-B.	4 1/2	100,10 B.	do. ver. Oelabr.	3 1/2	5	4	51,50 B.
Schlesw. Eisenbahn	4 1/2	—	Erdm. Spinnerel.	0	0	4	16,75 B.
Dux-Bodenbach	fr.	63,25 G	Görlitz. Eisenb.	19 1/2	0	4	61,00 bzG
do. II. Emission	fr.	54,10 G	Hoffm.'s Wag.Fabr.	0	0	4	15,10 G
Prag-Dux	fr.	19,25 G	O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	31,50 bzB
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	fr.	86,10 G	Schl. Leinenind.	5 1/2	—	4	68,00 etbzB
Kaschau-Oderberg	fr.	84,10 G	do. Porzellan	0	1 1/2	4	34 G
Ung. Nordostbahn	fr.	59,70 bz	Wilhelms. MA.	0	0	4	23,00 B.
Ung. Ostbahn	fr.	56,00 bzG	Bank-Discont 5 pCt.				
Lemberg-Czernowitz	fr.	66,10 G	Lombard-Zinsfuß 6 pCt.				
do. do.	fr.	66,10 G	Berlin, 22. Octbr. [Producten-Bericht.]				
do. do. II.	fr.	67,25 G	Die Luft ist für die				
do. do. III.	fr.	58,50 bz	Sahreszeit ungewöhnlich warm heute; seit Mittag trübt sich der Himmel.				
do. do. IV.	fr.	55,50 G	Unser Getreidemarkt war sehr unbelebt. — Roggen hielt man mitunter				
Mährische Grenzbahn	fr.	49,00 G	etwas höher, der Umsatz ist aber sowohl im Terminhandel wie loco recht				
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	18,50 B.	schwerfällig und eng begrenzt gewesen. — Roggenmehl fest. — Weizen er-				
do. II. Ser.	fr.	—	mattete sich im Laufe des Marktes, weil unerhebliche Anerbietungen auf				
Kronpr. Radolf-Bahn	fr.	64,60 G	nahe Lieferungen beinahe vollständigem Mangel an Kaufkraft begegneten. —				
Oesterr.-Französisch.	fr.	341,00 G					
do. do.	fr.	327,00 G					
do. II. 3	fr.	321,00 G					
do. südl. Staatsbahn	fr.	237,10 G					
do. neue 3	fr.	236,59 bzG					
do. Obligationen 5	fr.	80,25 G					
Rumän. Eisenb.-Oblig.	fr.	81,25 bzG					
Warschau-Wien II.	fr.	97,50 G					
do. do.	fr.	93,00 G					
do. III.	fr.	83,75 B.					
do. IV.	fr.	81,00 bz					

Markt im Beginn der Börse wegen starken Angebots von Waare, verlangte nach Bewältigung desselben entschieden höhere Haltung.

Weizen loco 153—155 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber märkischer — M. ruffischer — M. ab Bahn bez., per October 170 1/2—169 1/2 M. bez., per October-November 170 1/2—169 1/2 M. bez., per November-December 170 1/2—169 1/2 M. bez., per April-Mai 179—178 1/2 M. bez., per Mai-Juni 181 M. bez. Gefündigt 4000 Ctr. Kündigungspreis 170 M.

Roggen loco 115—136 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, neuer inländ. 129—133 M., feiner ruffischer 118—118 1/2 M., ruffischer 115 bis 116 M. ab Bahn und Rahn bez., per October 115 1/2—116 M. bez., per October-November 115 1/2—116 M. bez., per November-December 116 1/2 M. bez., per December-Januar 117 1/2 M. bez., per April-Mai 121 1/2 M. bez., per Mai-Juni 122 1/2 M. bez. Gefündigt 6000 Ctr. Kündigungspreis 116 M. — Gerste loco 115—185 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 105—150 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreussischer 112—128 M. bez., ruffischer 110—125 M. bez., pommerscher 125—130 M. bez., schlesischer 118—127 M. bez., böhmischer 118—127 M. ab Bahn bez., per October — Markt bez., per October-November 120 bis 118 M. bez., per November-December 118 1/2—117 1/2 M. bez., per April-Mai 122—120 1/2 Markt bezahlt. Gefündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 126 Markt. — Erbsen, Kochwaare 150—195 M., Futterwaare 135—147 M. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unterknetet incl. Sad Nr. 0 25,50 bis 24,50 M., Nr. 0 u. 1 24,50—23,00 M. bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unterknetet incl. Sad Nr. 0 19,50—17,50 M. bez., Nr. 0 und 1 17,50 bis 15,50 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sad per October 17,05 M. bez., per October-November 17,05 Markt bez., per November-December 17 M. bez., per December-Januar 17,05 Markt bez., per Januar-Februar 17,05 M. bez., per Februar-März — M. bez., per März-April 17,15 bis 17,20 M. bez., per April-Mai 17,25 M. bez. Gefündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Delfaaten: Winterraps loco 238—255 M., Winterrüben loco 230—245 M. bez. — Rübsöl pro 100 Kilo loco mit Fass — M. bez., ohne Fass 58 M. bez., per October 58,8—58,4 M. bez., per October-November 58,4—58,1 M. bez., per November-December 57,9—57,6 Markt bez., per December-Januar 57,8 M. bez., per April-Mai 58,8—58,5 M. bez., per Mai-Juni 59,1—58,8 M. bez. Gefündigt 1600 Ctr. Kündigungspreis 58,80 M. — Leinöl loco 65 Markt per 100 Kilo Netto incl. Fass bez. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Fass 21 M. Br., per October 20,6 M. bez., per October-November 20,6 M. bez., per November-December 20,6 M. bez., per December-Januar 21,1 M. bez., per Januar-Februar 21,6 M. bez., per April-Mai — M. bez. Gefündigt 1400 Ctr. Kündigungspreis 20,60 Markt.

Spiritus loco ohne Fass 51,2—52 M. bez., per October 52,3—52 bis 52,5 M. bez., per October-November 50,7—50,5—50,9 M. bez., per November-December 49,8—49,7—50 M. bez., per April-Mai 51,8—51,7—52 M. bez., per Mai-Juni 52—51,9—52,2 M. bez. Gefündigt 50,000 Liter. Kündigungspreis 52,10 M.

Breslau, 23. Oct. 9 1/2 Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen schleppend, bei mäßigem Angebot Preise fast unverändert.

Weizen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer neuer weißer 13,80—16,20—17,60 Markt, neuer gelber 13,40—16,00—17,00 Markt, feinste Sorte außer Notiz bezahlt.

Roggen, zu notierten Preisen gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 11,60 bis 12,50—13,20 Markt, feinste Sorte außer Notiz bezahlt.

Gerste in fester Stimmung, pr. 100 Kilogr. neue 12,40—13,50 Markt, wei